

14. Juni 2011/pr14

## **Senat 100 Tage im Amt: Zusagen werden eingehalten - „Die meinen es ernst.“**

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat den Start der SPD-Regierung in Hamburg als „sehr ordentlich“ bezeichnet. „Ich habe vor der Wahl versprochen, dass mein Senat gut und verantwortungsvoll regieren wird. Das machen wir jetzt auch. Die Bürgerinnen und Bürger haben bereits in den ersten 100 Tagen des neuen Senats erfahren: Die meinen es ernst“, sagte Scholz am Dienstag. In ihrem offiziellen Arbeitsprogramm hat die Hamburger Landesregierung die politischen Zusagen aus dem Wahlkampf in verpflichtende, pragmatische Vorgaben umgesetzt. „Wir wollen das moderne Hamburg schaffen. Und wir haben uns auf den Weg gemacht“, sagte Scholz. Schritt für Schritt würden die Vorhaben nun umgesetzt.

Ziel der Arbeit des Senats sei es, „das Leben in unserer Stadt zu verbessern“, sagte Scholz. Angesichts des strukturellen Haushaltsdefizits und der übernommenen Kassenlage konzentriere der Senat seine Investitionen in die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger. „Wir investieren in die Zukunft – in Kitas, Schulen, berufliche Bildung und die Universitäten. Wir investieren in Wohnungen und neue Arbeitsplätze. Alle Hamburgerinnen und Hamburger sollen die Freiheit besitzen, so zu leben, wie sie es wollen und nicht so, wie sie es vermeintlich müssen. Das macht die Lebensqualität und Souveränität der Bürgerinnen und Bürger einer modernen Stadt aus. Und die wollen wir“, sagte Hamburgs Erster Bürgermeister.

### **Seriöse Finanzpolitik**

Scholz nannte den „ordentlichen Umgang mit dem Steuergeld der Hamburgerinnen und Hamburger“ ein zentrales Thema der laufenden Legislaturperiode. Der Senat habe den Mut, die Anforderungen der Schuldenbremse im Jahr 2020 offensiv anzugehen. Deshalb werde der Senat prognostizierte Steuermehreinnahmen nicht ausgeben, sondern langfristig für den Schuldenabbau und die Verringerung der Zinslast einplanen. „An dieser Linie halten wir fest: Wir werden uns an den Ausgaben orientieren, nicht an den schwankenden Einnahmen. Wir werden die Steigerungen bei den Ausgaben auf ein Prozent begrenzen. Das ist solide Politik“, sagte Scholz. Der Bürgermeister sprach von einem „langen, über zehn Jahre laufenden Prozess hin zu einem ausgeglichenen Haushalt“. Möglich werde dieser durch das Prinzip „Pay as you go“: Sinnvolle Mehrausgaben an einer Stelle müssen durch Einsparungen an anderer Stelle im Haushalt kompensiert werden.

„Diese Haltung in der Finanzpolitik wird sich auszahlen“, prognostizierte Scholz. „Ich bin sicher, dass wir bis zum Jahr 2020 einen Haushalt bekommen werden, in dem keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden müssen.“

Scholz betonte, er habe „Verständnis für alle, die den Weg hin zu diesem Ziel sehr anstrengend finden. Aber es handelt sich um eine machbare Sache, die vernünftig ist, und die der Stadt neue Handlungsfähigkeit gibt.“ Der Konsolidierungskurs ermöglicht nach den Worten des Ersten Bürgermeisters weiterhin Investitionen in Zukunftsprojekte. „Aber er zwingt zur Kreativität und zu einer Schwerpunktsetzung bei den politischen Vorgaben des Senats.“ Scholz nannte beispielweise die Stärkung des Hafens und den Wohnungsbau. Wirtschaftssenator Frank Horch habe mit der Hafenwirtschaft bereits Gespräche über den neuen Hafenentwicklungsplan aufgenommen. In der Wohnungsbaupolitik vollziehe der Senat derzeit den nötigen Kurswechsel hin zu einer deutlichen höheren Zahl fertiggestellter Wohnungen (s. u.).

### **Verlässlichkeit politischer Aussagen**

Scholz versprach, der Hamburger Senat werde sich auch künftig nicht nur an seine Zusagen sondern auch an seine Absagen halten. So habe der Senat die Einführung von City-Maut oder Umweltzonen ausgeschlossen und das Aus für die Stadtbahn offiziell festgezurr. „Wer auf den Investitionshaushalt der Stadt blickt und auf den Investitionsstau – etwa bei Sanierung und Instandhaltung der Universitäts-Gebäude – der weiß, dass sich Hamburg eine Stadtbahn nicht leisten kann. Und wer sich die Finanzlage der Stadt ansieht weiß auch, dass Hamburg sich eine Stadtbahn in den letzten Jahren nie leisten konnte.“

### **Rücknahme der letzten Kita-Gebührenerhöhung**

Der Senat hat die letzte **Kita-Gebührenerhöhung** des Vorgängersenats rückgängig gemacht. „Ab 1. August werden viele Hamburger Eltern eine finanzielle Entlastung verspüren“, sagte Scholz. Schrittweise sollten die Gebühren für die Betreuung in der Kita in Hamburg ganz abgeschafft werden. Das sei ein weiterer Schritt des Senats auf das Ziel zu, Hamburg zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands zu machen. Dieses Ziel, verbunden mit der festen Absicht, deutlich mehr bezahlbare Wohnungen zu bauen, bezeichnete Scholz als „unsere Leuchtturmprojekte“.

### **Herzansliegen: Übergang von Schule in Beruf verbessern**

Als weiteren Schwerpunkt für die laufende Legislaturperiode und sein Herzansliegen bezeichnete Scholz eine spürbare Verbesserung beim Übergang Jugendlicher von der Schule in den Beruf. Ziel des Senats sei, dass junge Erwachsene das Abitur machen oder eine Ausbildung absolvieren. Der Hauptschulabschluss müsse „das kulturelle Minimum“ sein, sagte der Bürgermeister. Für den gelungenen Übergang von der Schule in den Beruf sei – gemeinsam mit Arbeitsagentur, Wirtschaft, Kammern und Gewerkschaften – der Aufbau einer Jugendberufsagentur geplant. „Wir wollen Jugendliche nach dem Ende ihrer Schullaufbahn begleiten, bis sie eine konkrete Berufsperspektive haben – ob mit abgeschlossener Ausbildung oder mit erfolgreich beendetem Studium.“

## **Abschaffung der Studiengebühren**

Der Senat hat den politischen Beschluss gefasst, die **Studiengebühren** abzuschaffen. Zum Wintersemester kommenden Jahres ist das Studium in Hamburg wieder gebührenfrei. „Studiengebühren schrecken insbesondere diejenigen ab, deren Eltern nicht studieren konnten. Studiengebühren sind ungerecht. Deshalb war es wichtig, sie schnell wieder abzuschaffen“, sagte Scholz. Den Hochschulen würden durch diese Entscheidung keine Nachteile entstehen. „Sie bekommen die Einnahmeausfälle durch die Abschaffung der Studiengebühren ausgeglichen. Die Ausgaben für die Hochschulen würden nicht gekürzt“, betonte er.

Der Haushaltsplanentwurf des Senats sieht für das Jahr 2011 Zuweisungen an die Hochschulen - inklusive Staats- und Universitätsbibliothek und UKE – in Höhe von rund 530 Millionen Euro vor. Im Vergleich zum Vorjahr (523 Millionen Euro) entspricht dies einer Steigerung von 1,3 Prozent. „Der Senat nimmt keine Kürzungen vor. Er sorgt für eine Steigerung des Hochschulniveaus. Jahr für Jahr“, bekräftigte Scholz.

## **Stärkung der Kultur**

Der Senat hat die **Rücknahme der Kürzungen im Kulturhaushalt** auf den Weg gebracht. Diese Entscheidung stärke die Kulturmetropole Hamburg in ihrer Konkurrenz mit den anderen Metropolen in Deutschland. „Und mit dieser Entscheidung setzt der Senat allen in der Kultur Engagierten gegenüber ein Zeichen der Wertschätzung“, sagte Scholz.

## **Kurswechsel in der Wohnungsbaupolitik ist eingeleitet**

Auch im Bereich der **Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik** hat sich der Senat **ambitionierte Ziele** gesetzt und erste wichtige Schritte getan: Die Verhandlungen mit der Wohnungswirtschaft für ein „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ laufen bereits und werden voraussichtlich im Herbst abgeschlossen. Ziel ist, eine umfassende Vereinbarung insbesondere über den Wohnungsneubau zu schließen. Gleichmaßen ist mit den Bezirken der Schulterschluss in Sachen Wohnungsbau gelungen. Und SAGA/GWG beteiligt sich mit einem ambitionierten Wohnungsbau. Scholz: „Wir wollen bald Jahr für Jahr 6000 Wohnungen in Hamburg bauen. Das erfordert die Bündelung aller Kräfte.“

## **Stärkere Interessenvertretung Hamburgs auf Bundesebene**

Hamburg werde – auch über die ersten 100 Tage des Senats hinaus – **auf Bundesebene engagierter auftreten**, als das in den letzten Jahren der Fall war, kündigte Scholz an. „Das ist notwendig und hat in der Diskussion über den Atomausstieg schon ganz gut geklappt. Der Ausstieg war unter Bundeskanzler Gerhard Schröder schon einmal beschlossene Sache. Die CDU-geführte Bundesregierung ist nach einem Irrweg jetzt zum Ausstiegsbeschluss der rot-grünen Bundesregierung zurückgekehrt. Das ist ein Erfolg und

das ist eine gute Nachricht für Hamburg. Denn zwei der Kraftwerke in unserer Nähe, Brunsbüttel und Krümmel, werden nie mehr ans Netz gehen.“

Auch bei anderen Themen werde Hamburg auf Bundes- wie internationaler Ebene seine Positionen konsequent vertreten. Das gelte etwa für die **Fahrrinnenanpassung der Elbe**. Hamburg führe dazu Gespräche in Berlin und Brüssel, Kiel und Hannover. „Auch wenn man davon nicht so viel hört, wird engagiert an einem für Hamburg wichtigen Thema gearbeitet“, sagte Scholz.

### **Neuzuschnitt der Behörden sorgt für Effizienzsteigerung**

Als „**erwiesenermaßen sinnvoll**“ bezeichnete Scholz den **Neuzuschnitt der Hamburger Behörden**. Insbesondere die Bildung einer eigenständigen Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz habe sich bereits nach wenigen Monaten als richtig erwiesen, sagte Scholz mit Hinweis auf die „hochprofessionelle Arbeit“ der Behörde von Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks bei der Bekämpfung der EHEC-Infektionen. Kleinere Verwaltungs- und Ministerialeinheiten arbeiteten effizienter und seien besser steuerbar als große. Auch hier zeige sich ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Steuerzahler.

#### Rückfragen:

Christoph Holstein  
Sprecher des Senats  
Tel.: 040 / 428 31 22 43  
Mail: [Christoph.Holstein@sk.hamburg.de](mailto:Christoph.Holstein@sk.hamburg.de)

oder

Jörg Schmoll  
Stellv. Sprecher des Senats  
Tel.: 040 / 428 31 22 41  
Mail: [Joerg.Schmoll@sk.hamburg.de](mailto:Joerg.Schmoll@sk.hamburg.de)

## Regierungsprogramm des Senats

### Stand der Umsetzung am 14. Juni 2011

Der neue Senat setzt die Vorhaben, die im Regierungsprogramm festgelegt wurden, konsequent und zügig um. Mit seinem Regierungshandeln will der Senat Hamburg zu einer wirtschaftlich starken, familienfreundlichen und sicheren Stadt machen.

#### Der Senat

- sorgt für die Sanierung des Haushaltes und behält dabei das Ziel fest im Blick, ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen;
- schließt Vereinbarungen mit der Wohnungswirtschaft und den Bezirken, damit in Hamburg wieder ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht;
- unternimmt erste Schritte zur Abschaffung der Bildungsgebühren, z.B. durch die Rücknahme der Kita-Gebührenerhöhung zum 1. August und die Abschaffung der Studiengebühren im nächsten Jahr;
- schafft die nötige Polizeipräsenz vor Ort;
- investiert in die Infrastruktur der Stadt und sichert die Instandhaltung der Straßen.

#### Finanzen und Haushalt

- Steuermehreinnahmen werden für die Senkung der geplanten Nettokreditaufnahme und den gezielten **Abbau von sehr teuren Schulden** zur Senkung der Zinslast verwendet. Beispiel: Vorzeitige vollständige Rückzahlung eines Darlehens des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus in Höhe von rund 200 Mio. Euro.
- **Einsparungen in der Verwaltung**. Beispiel: Neuer Briefpostvertrag für die Hamburger Verwaltung ab 1. Juni 2011 mit einer Tochterfirma der Deutschen Post AG. Gesamtersparnis: 1,2 Mio. Euro jährlich.
- Die Finanzbehörde begleitet den **Vertrag für Hamburg**, der eine neue, vertrauensvolle und verbindliche Form der Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirksämtern ermöglichen wird. Mit dem Vertrag werden Senatsziele und bezirkliche Ressourcen in Einklang gebracht.

#### Wohnen und Stadtentwicklung

- Der Vertrag für Hamburg wird mehrere Themenbereiche umfassen. In einer ersten Vereinbarung vorangestellt ist wegen seiner besonderen politischen Bedeutung der Bereich **Wohnungsbau**.
- Die Verhandlungen mit der Wohnungswirtschaft für ein „**Bündnis für das Wohnen in Hamburg**“ laufen bereits und werden voraussichtlich im Herbst zum Abschluss gebracht. Es soll eine umfassende Vereinbarung, insbesondere über den Wohnungsneubau, geschlossen werden, damit das Ziel, 6000 Wohnungen im Jahr zu bauen, schnell erreicht werden kann.
- **Förderung des Mietwohnungsneubaus**: Erhöhung der Programmzahl von 1.200 auf 2.000 und Einführung eines neuen Förderweges für Haushalte mit mittleren Einkommen.

- **Ein Drittel des Wohnungsneubaus soll geförderter Wohnungsbau** sein, auch auf privaten Flächen über städtebauliche Verträge. Umsetzung: in den Bezirken bei neuen Bebauungsplänen und beim Verkauf städtischer Grundstücke.
- Das städtische Wohnungsbauunternehmen SAGA GWG wird **jährlich 1.000 Wohnungen** bauen.
- Städtische **Wohnungsbaugrundstücke** werden nicht mehr nach dem höchsten Preis, sondern nach dem **besten Konzept** vergeben.
- Gegensteuerung bei erkennbaren Verdrängungsprozessen durch **soziale Erhaltungsverordnungen** (in Vorbereitung z.B. für das Gebiet Eimsbüttel-Süd) und Quartiersentwicklung.

## Schule und Berufsbildung

- **Kostenlose Lernförderung** („Nachhilfe“) ab Schuljahr 2011/12 für leistungsschwache Schüler: Dazu wird das bestehende Programm „Fördern statt Wiederholen“ von bisher rund 1,2 Millionen auf bis zu 7,8 Millionen Euro erheblich ausgeweitet. So können pro Schulklasse ein ganzes Schuljahr lang bis zu zwei Wochenstunden zusätzliche Nachhilfe- und Förderstunden für Lerngruppen angeboten werden.
- **Zusätzliche Erzieher- und Sozialpädagogen-Stellen:** Zum kommenden Schuljahr 2011/12 werden 108 zusätzliche Stellen für Erzieher und Sozialpädagogen geschaffen, um Sonderschülerinnen und -schüler an den allgemeinen Schulen besser zu unterstützen. So können künftig erheblich mehr Unterrichtsstunden doppelt besetzt werden.
- **Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket in Hamburg:** Übernahme des im Bundespaket vorgesehenen Eigenanteils in Höhe von 1 Euro pro Mittagessen, so dass alle förderberechtigten Kinder und Jugendlichen in Hamburg kostenlos in der Schule Mittag essen können; Übernahme des vorgesehenen Eigenanteils für Schüler-Abo-Jahreskarten in Höhe von 14 Euro – davon werden zu den bereits bislang rund 5.000 so geförderten Schülerinnen und Schülern noch 1.100 zusätzlich profitieren.
- **Neue Stundenpläne an Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien:** Die neuen Stundentafeln für alle Hamburger Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien sind mit breiter Unterstützung beschlossen worden. Für Grundschule und Sekundarstufe I von Stadtteilschule und Gymnasium wurden neue **Bildungspläne** vorgestellt. Damit wird der Schulfrieden umgesetzt. Wir werden an dieser Schulstruktur festhalten und für besseren Unterricht sorgen.

## Arbeit, Soziales, Familie

- **Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket**
  - Die Verfahren in Hamburg haben bundesweit Vorbildcharakter, da sie für die betroffenen Familien möglichst unbürokratisch gestaltet wurden und das Angebot zum Mitmachen für die rund 78.000 Kinder und Jugendlichen in Hamburg bereits sehr breit ist.
  - Anders als vom Bundesgesetzgeber vorgesehen, sollen in Hamburg alle Kinder, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, die Chance haben, vom Bildungs- und Teilhabepaket zu profitieren. Mit einer Bundesratsinitiative soll die bisherige Ungleichbehandlung zwischen Kindern, die erst kurz in Deutschland leben und Kindern, die mehr als vier Jahre hier sind, gänzlich abgeschafft werden. Solange ist beabsichtigt, dass Hamburg die Kosten für sie aus Landesmitteln übernimmt.

- Insgesamt stehen für das Bildungspaket, die freiwilligen Leistungen Hamburgs sowie für zusätzliche Schulsozialarbeit rund 61 Millionen Euro zur Verfügung.
- **Kita-Sofort-Paket**
  - Rücknahme der Gebührenerhöhung sowie Abschaffung des Essensgeldes für alle Kinder in der Kindertagesbetreuung, Entlastung der Hamburger Eltern in diesem Jahr um 18,8 und im kommenden Jahr um 46,2 Millionen Euro.
  - Ausweitung des Betreuungsanspruchs von Schulkindern mit berufstätigen Eltern oder mit einem dringenden pädagogischen Betreuungsbedarf bis zum vollendeten 14. Lebensjahr.
  - Von der Beitragsfreiheit im vorschulischen Jahr werden ab August auch zum Einschulungszeitpunkt noch nicht schulpflichtige Kinder – sogenannte „Kann-Kinder“ – profitieren.
- **Perspektiven für Langzeitarbeitslose in Schulkantinen:** Die Schulküchen werden vorübergehend im Wege der Arbeitsgelegenheiten (sog. 1-Euro-Jobs) fortgeführt. Im kommenden Jahr soll der Betrieb der Schulküchen in Hamburg auf eine neue Basis gestellt werden. Mit der Entwicklung entsprechender Konzepte ist bereits begonnen worden. Nach Möglichkeit sollen aus den Arbeitsgelegenheiten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen.
- In Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Integrationsbeirates wurde ein Konzept erarbeitet, das dessen **Aufwertung** zum Ziel hat. Unter anderem ist vorgesehen, dass der neue **Integrationsbeirat** Beschlüsse mit deutlich höherer Verbindlichkeit fassen wird, Berichtsdrucksachen zum Stand seiner Arbeit für die Hamburgische Bürgerschaft vorlegt und dass die Zahl der Mitglieder reduziert werden soll, damit der Beirat effizienter arbeiten kann.

## **Wirtschaft, Verkehr, Innovation**

- **Hafenentwicklung:** Der Entwurf des vom Vorgängerssenat vorgelegten **Hafenentwicklungsplans** wird nicht weiter verfolgt. Der Senat organisiert stattdessen einen breit angelegten Beteiligungsprozess mit den maßgeblichen Verbänden, um die für den HEP relevanten Themen zu diskutieren und soweit wie möglich gemeinsam zu erarbeiten. Es soll ausreichend Zeit zur Verfügung stehen, um einen sorgfältigen und fachlich fundierten Hafenentwicklungsplan vorzulegen. Dieser Beteiligungsprozess beginnt Mitte Juni 2011 mit einer politischen Auftaktveranstaltung im Rahmen eines „Hafengipfels“.
- Der Senat setzt sich mit Nachdruck für die **Fahrrinnenanpassung der Elbe** ein und führt dazu Gespräche in Berlin und Brüssel, Kiel und Hannover.
- Start des **Clusters Erneuerbare Energien** (Gründung und organisatorischer Aufbau der „Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur GmbH“, erste inhaltliche Angebote und Veranstaltungen der Clusteragentur, internationales Marketing für das Cluster und Aufnahme von Mitgliedern im "Verein zur Förderung des Clusters Erneuerbare Energien e.V."), Start des **Clusters Maritime Wirtschaft**
- **Masterplan Handwerk:** Gemeinsam mit der Handwerkskammer wird zurzeit ein Konzept erstellt, das bereits im kommenden Herbst vorgestellt werden wird.
- Eröffnung des **Hamburg Center of Aviation Training HCAT**, einer bundesweit einzigartigen Lernortkooperation zwischen Unternehmen, Wissenschaft und der Stadt.

- Bis 2020 sollen **alle U-Bahn-Haltestellen** in Hamburg so umgebaut werden, dass sie **barrierefrei** zugänglich und nutzbar sind. Die Hochbahn hat mit den Planungen und Vorarbeiten für die ersten 20 Haltestellen begonnen.
- Eine Arbeitsgruppe erstellt ein Konzept für den **Öffentlichen Personennahverkehr** mit dem Ziel, in Hamburg das modernste Bussystem Europas zu schaffen.
- **Straßenbau und Straßenerhaltung:**
  - Vor dem Hintergrund der hohen Sanierungsbedarfe in diesem und im kommenden Jahr wurden jeweils **zusätzlich 5 Mio. Euro** bereit gestellt. Zudem werden 10 Mio. Euro für die Behebung von Winterschäden jetzt jedes Jahr bereitgestellt.
  - **Ausbau der BAB A 7** nördlich des Elbtunnels bis zur Landesgrenze Schleswig-Holstein/Überdeckung A 7: Der Planfeststellungsabschnitt Schnelsen wird vorbereitet. Im Sommer 2011 wird bereits das Verfahren beginnen. Im Abschnitt Stellingen beginnen in diesem Jahr bereits erste Baumaßnahmen.
  - **Neubau der BAB A 26** zwischen der Landesgrenze Niedersachsen und der A 7: Der Bund hat der Entwurfsplanung im April 2011 zugestimmt. Hamburg kann dadurch in den kommenden Monaten die Planfeststellung einleiten. Die Planung und Realisierung wird zügig vorangetrieben, um eine gemeinsame Verkehrsfreigabe mit dem angrenzenden niedersächsischen Abschnitt zu gewährleisten.

## Hochschulen, Wissenschaft, Forschung

- Zum Wintersemester 2012/13 werden die **Studiengebühren** in Hamburg **abgeschafft**. Die dadurch den Hochschulen wegfallenden Einnahmen werden in voller Höhe kompensiert.
- Zusammen mit dem Bund und Niedersachsen wird Hamburg ein **Zentrum für strukturelle Systembiologie** (CSSB) auf dem Campus des Deutschen Elektronen-Synchrotrons (DESY) in Bahrenfeld errichten, um die in Hamburg vorhandene wissenschaftliche Kompetenz in diesem Bereich, insbesondere bei der Infektions- und Immunitätsforschung, zu konzentrieren und so Forschungsaktivitäten optimal zu bündeln und Synergieeffekte zu erzielen.
- Zudem beteiligt sich Hamburg zusammen mit Schleswig-Holstein mit 10 Prozent an zwei der bundesweiten **Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung**, dem Deutschen Zentrum für Infektionsforschung (DZIF) und dem Deutschen Zentrum für Herz-Kreislauf-Erkrankungen (DZHK). Außerdem soll ein **Max-Planck-Institut** auf dem DESY-Campus etabliert werden. Erste Verhandlungen mit der Max-Planck-Gesellschaft haben stattgefunden.
- Viele **Gebäude der Hamburger Hochschulen** haben einen hohen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf, weil im vergangenen Jahrzehnt kaum in den Erhalt der Bausubstanz investiert wurde. Hierfür wird Hamburg hohe dreistellige Millionenbeträge aufbringen. Erste Baumaßnahmen werden bald am Universitäts-Campus an der Bundesstraße beginnen und damit zugleich die Klimaforschung mit dem Exzellenzcluster voranbringen. Weitere Schritte am Universitäts-Campus Von-Melle-Park aber auch an anderen Hochschulstandorten – insbesondere der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg am Berliner Tor – werden zügig konkretisiert.
- **Hochschulfinanzierung:** Der Haushaltsplanentwurf des Senats sieht für das Jahr 2011 Zuweisungen an die Hochschulen von rund 530 Mio. Euro vor. Im Vergleich zum Vorjahr (523 Mio. Euro) entspricht dies einer Steigerung von 1,33 Prozent. Hinzu kommen in 2011 noch Ausgleichszahlungen für Tarifsteigerungen. Der Senat sorgt damit für eine nominale Steigerung des Hochschul Etats. Es

besteht daher auch keine Notwendigkeit zur Schließung von Studiengängen und wissenschaftlichen Disziplinen oder für einen massiven Personalabbau. Die 11 Mio. Euro der Wissenschaftsstiftung bleiben im Wissenschaftsetat erhalten und werden zur Forschungsförderung an den Hamburger Hochschulen weiter zur Verfügung stehen. Die Wissenschaftssenatorin wird Gespräche mit den Hochschulen über deren Perspektiven und Entwicklungsplanungen führen, um einen verlässlichen Rahmen für die mittel- und langfristige Mittelausstattung zu erarbeiten.

## Gesundheit und Verbraucherschutz

- **Sicherung des Fachkräftenachwuchses in der Pflege:** Die „Hamburger Initiative Altenpflege 2011“ wurde auf den Weg gebracht. So wird die Finanzierung des dritten Umschulungsjahres sichergestellt und mindestens 50 Arbeitssuchende können eine Weiterbildung bzw. Umschulung zur Altenpflege erhalten. Außerdem soll zum Ausbildungsjahr 2011/12 die Anzahl der Altenpflegeschüler um 60 auf dann 370 steigen. Eine gerade gestartete Imagekampagne hat das Ziel, Pflegeberufe deutlicher in das Blickfeld der Schülerinnen und Schüler zu rücken und den Anteil männlicher Pflegekräfte zu erhöhen.
- Hamburger Programm zur **Förderung der Kinder- und Familiengesundheit:** Das Rahmenprogramm „Gesund aufwachsen in Hamburg“ soll die Bedingungen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern in schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen insbesondere durch eine Stärkung der Kompetenzen der Eltern verbessern. Es werden die rechtlichen Voraussetzungen für die Evaluation des Einlade- und Meldewesen zu den U6-/U7-Untersuchungen geschaffen.
- **Mehr Transparenz in der Lebensmittelüberwachung:** Hamburg hat sich auf der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) erfolgreich für die sog. Hygiene-Ampel eingesetzt, die die Ergebnisse von amtlichen Lebensmittelkontrollen transparent machen soll. Dieses Vorhaben wird auch weiterhin verfolgt.
- Hamburg hat sich gemeinsam mit anderen Ländern im Bundesrat erfolgreich für einen besseren **Anlegerschutz** auf dem Grauen Kapitalmarkt eingesetzt, indem eine teilweise Aufsicht über die freien Anlagevermittler durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen beschlossen wurde. Auf Hamburgs Initiative wurde außerdem beschlossen, dass bei der Einführung des Vermögensanlagen-Informationsblattes ein Formblatt mit standardisierten Antwortmöglichkeiten verwendet werden soll.
- Für mehr **Sicherheit in der Medizin** und eine **Stärkung der Patientenrechte** im Rahmen eines eigenständigen, umfassenden Patientenrechtegesetzes wurde eine Beschlussinitiative zur Gesundheitsminister-Konferenz eingeleitet.
- Hamburg hat sich gemeinsam mit anderen Ländern im Bundesrat erfolgreich für einen besseren Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor **unerlaubter Telefonwerbung** eingesetzt. Ein am Telefon geschlossener Vertrag soll künftig nur noch zustande kommen, wenn er binnen zwei Wochen in Textform (per Fax, E-Mail oder schriftlich) bestätigt wird.

## Inneres

- Es werden **mehr Polizisten** ausgebildet. Zum 1. August 2011 wird bereits eine zusätzliche Klasse von Polizeischülern eingestellt. Damit kommen zum nächstmöglichen Termin zu den bisher 100 Polizeianwärterinnen und -anwärtern weitere 25 Polizeischüler hinzu. Insgesamt werden dann in diesem Jahr 238 neue Polizisten ausgebildet. Künftig sollen es jährlich 250 werden. Damit ist sichergestellt, dass jeder in den nächsten Jahren ausscheidende Polizeibeamte umgehend durch eine gut ausgebildete Nachwuchskraft ersetzt werden kann.

- Die Stadt erhöht die **Sicherheit im ÖPNV**. Derzeit laufen intensive Gespräche mit den Verkehrsunternehmen im HVV, die kurz vor dem Abschluss stehen. Ziel ist es, 100 zusätzliche Sicherheitskräfte auf die Bahnsteige zu bringen. Für die Stärkung der Sicherheit in U- und S-Bahnen stellt der Senat 4 Millionen Euro zur Verfügung.
- Hamburgs Polizeikommissariate bekommen personelle Verstärkung. Dazu werden **100 Polizistinnen und Polizisten an die Kommissariate** versetzt. Die Polizeiführung wird dazu ein Konzept vorlegen, das noch in diesem Sommer umgesetzt werden soll.
- Hamburg wird im Kampf gegen verfassungsfeindliche Parteien alle sich bietenden rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Deshalb wird sich Hamburg auf der kommenden Innenministerkonferenz dafür einsetzen, ein neues **Verbotsverfahren gegen die NPD** einzuleiten.
- Technische Aufrüstung bei der Hamburger Polizei: Anfang Juni sind 6.000 Computer der Polizei online gegangen. Damit haben jetzt **alle PC-Arbeitsplätze einen Internetzugang**.

## Umwelt und Energie

- Start des „Zugs der Ideen“, der Umwelthauptstadt-Dialoge und zahlreicher anderer Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der „**Umwelthauptstadt Europas 2011**“
- Das **Naturschutzgebiet** „Die Reit“ wird um rund 43 Hektar in der Fläche fast **verdoppelt**. Damit werden wertvolle Flächen für Amphibien und Wiesenvögel unter Schutz gestellt.
- Der landwirtschaftlich genutzte Wilhelmsburger Osten soll großräumig (auf rund 750 ha) durch ein **neues Landschaftsschutzgebiet** vor Zersiedelung und Umwandlung geschützt werden.
- Fortsetzung der **Umweltpartnerschaften**, inkl. des Programms „Unternehmen für Ressourcenschutz“ zur Erreichung der CO<sub>2</sub>-Minderungsziele des Klimaschutzkonzepts auf bestehendem Finanzierungsniveau.
- Im Rahmen der Recycling-Kampagne **Einführung der Hamburger Wertstofftonne**: In die gelben Tonnen und Säcke dürfen jetzt zusätzlich ohne Aufpreis Abfälle aus Kunststoff und Metall.

## Justiz

- Der Senat stärkt die Unabhängigkeit des **Hamburgischen Datenschutzbeauftragten**. Ihm soll, vergleichbar den Richterinnen und Richtern, ein höheres Maß an Unabhängigkeit zukommen. Damit soll eine effektive und unabhängige Kontrolle des Datenschutzes im nicht-öffentlichen und im öffentlichen Bereich gewährleistet werden. Der Datenschutzbeauftragte unterliegt bisher, soweit er nicht-öffentliche Stellen überwacht, der Rechtsaufsicht durch den Senat. Das Datenschutzgesetz soll dahingehend geändert werden, dass der Datenschutzbeauftragte nur noch einer eingeschränkten Dienstaufsicht und keiner Fach- oder Rechtsaufsicht unterliegt.
- Bei entlassenen Sicherungsverwahrten kann die **Elektronische Aufenthaltsüberwachung** („Fußfessel“) ein sinnvolles Instrument, sein, um den Aufenthalt der betreffenden Person zu überwachen. So kann überprüft werden, ob gerichtlich angeordnete Gebots- oder Verbotszonen eingehalten werden. Die Überwachung mit elektronischer Fußfessel soll in Hamburg eingeführt werden. In diesem Sommer sollen die rechtlichen, mit Beginn des kommenden Jahres auch die technischen Voraussetzungen für den Einsatz erfüllt sein.

## Kultur

- Die Zusage, die durch den Vorgängersensat geplanten **Kürzungen im Kulturbereich zurückzunehmen**, gilt und wird im neu vorgelegten Doppelhaushalt umgesetzt.
- **Hamburger Öffentliche Bücherhallen**: Im Rahmen des Hamburger Bildungs- und Teilhabepakets können Kinder von Leistungsberechtigten seit April 2011 kostenlos das Angebot der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen nutzen.
- **Gründung des Bundesjugendballetts** mit Sitz am Ballettzentrum Hamburg: Hierfür stellt der Bund über vier Jahre jeweils 700.000 Euro zur Verfügung.
- Vereinfachtes Aufenthaltsrecht für **ausländische Künstler und Kreative**: In Abstimmung mit der Innenbehörde hat die Kulturbehörde neue Verfahrenswege entwickelt, die den Zuzug für ausländische Kunst- und Kreativschaffende nach Hamburg erleichtern. Das Ziel ist, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen und administrative Hürden zu verringern.